



Barthle-Brief

Nr. 44

Berlin aktuell
Die Woche im Bundestag

16.11.2007

Thema der Woche:

Union hat Kurs gehalten **Ergebnisse des Koalitionsausschusses von Anfang der Woche**

Der am Montagabend tagende Koalitionsausschuss hat einen Durchbruch für die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland erreicht. Vor allem der Unionsseite ist es gelungen, eine Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung durchzusetzen. Sie werden zum 1.1.2008 auf 3,3 Prozent gesenkt. Wir haben Wort gehalten und geben den Beitragszahlern die überschüssigen Mittel zurück.

Die Koalitionsparteien haben vereinbart, ohne zusätzliche Belastungen für die Bundesagentur für Arbeit die Zahlung des Arbeitslosengeldes I wie folgt zu verlängern: Arbeitnehmer über 50 Jahre erhalten im Fall der Arbeitslosigkeit 15, über 55 Jahre 18 und über 58 Jahre 24 Monate Arbeitslosengeld I. Gekoppelt ist die Verlängerung an einen Eingliederungsgutschein für ältere Arbeitslose. Damit fördern wir die Beschäftigung Älterer, denn für uns war immer klar: Arbeit hat Vorrang vor Alimentierung.

Der besseren Förderung älterer Arbeitnehmer dient auch der Wegfall der sogenannten „58er Regelung“. Wir machen klar, dass ältere Arbeitnehmer nicht zum alten Eisen gehören, sondern auf dem Arbeitsmarkt gebraucht werden. Das zeigt auch der deutliche Rückgang der Arbeitslosenquote der über 50-jährigen in den letzten Monaten. Um Härtefälle zu vermeiden, werden nun Gespräche über mögliche Abfederungsmodelle geführt. Beschlossen haben wir auch eine Neuregelung der Hinzuverdienstmöglichkeiten sowie die Einführung eines Erwerbstätigen- und Kinderzuschusses, um neue Anreize für die Arbeitsaufnahme im Niedriglohnsektor zu schaffen und Kinderarmut zu verhindern. Ein entsprechendes Gesamtkonzept wird nun vom Bundesarbeitsministerium vorgelegt werden. Dabei darf der von uns gesetzte finanzielle Rahmen von 1 Milliarde Euro für die Arbeitsmarktinstrumente und 200 Millionen Euro für den Kinderzuschuss pro Jahr nicht überschritten werden.

Auch beim Post-Mindestlohn haben wir Wort gehalten: Nachdem klar war, dass der vorliegende Tarifvertrag keine Tarifbindung von 50 Prozent erreicht – was übrigens auch die Tarifparteien durch eine Protokollerklärung zum Tarifvertrag deutlich gemacht haben –, haben wir angeboten, das Entsendegesetz dahingehend zu präzisieren, dass nur diejenigen erfasst sind, die überwiegend Briefdienstleistungen erbringen. Aus völlig unverständlichen Gründen hat die SPD dieses Angebot abgelehnt. Das zeigt leider: Kurt Beck ist eher an einem Wahlkampfthema als an einer sachdienlichen Lösung im Sinne der Betroffenen interessiert. Die Diskussion hat auch gezeigt: Tarifverträge müssen ernst genommen werden, mit ihnen darf nicht herumgespielt werden. Die Tarifpartner müssen sich ihrer Verantwortung bewusst sein.

An der Teilprivatisierung der Bahn halten wir weiter fest. Bundesverkehrsminister Tiefensee wird einen Vorschlag auf der Grundlage des sogenannten Infrastruktursicherungsmodells vorlegen, das sicherstellt, dass die Infrastruktur der Bahn beim Bund bleibt.

Die Große Koalition hat sich außerdem auf die Einbeziehung des privaten Wohneigentums in die Förderung der privaten Altersvorsorge geeinigt. Die Vereinbarung gewährleistet eine Gleichbehandlung derjenigen Arbeitnehmer, bei denen privates Wohneigentum ein Teil der privaten Altersvorsorge ausmacht mit denjenigen, denen für Ansparleistungen im Rahmen der privaten Altersvorsorge staatliche Förderung gewährt wird. Mit dieser „Eigenheimrente“ fördern wir die Schaffung von privatem Wohneigentum und helfen den Bürgerinnen und Bürgern bei der privaten Altersvorsorge. Gleichzeitig sind und bleiben wir der verlässliche Partner für all diejenigen, die in den eigenen vier Wänden wohnen wollen.

Ich finde: Untätigkeit sieht anders aus...

Missionen in Afghanistan und im Sudan

In dieser Woche haben wir die Beteiligung unserer Streitkräfte an den Missionen in Afghanistan (OEF) und im Sudan (UNMIS und UNAMID) verlängert. Ziel der OEF-Mission bleibt es, den transnationalen Terrorismus und die Strukturen von Al Qaida und ihrer Unterstützer gezielt und wirkungsvoll zu bekämpfen. Die Zahl der vorgesehenen Soldaten wird von 1800 auf 1400 Soldaten reduziert, da das bisherige Kontingent nicht ausgeschöpft wurde. Im Sudan können weiterhin bis zu 75 Soldaten für Militärbeobacheraufgaben eingesetzt werden (UNMIS). Zur Befriedung der Lage in Darfur sind bis zu 200 Soldaten für den Lufttransport sowie 50 weitere für logistische Aufgaben vorgesehen. UNAMID wird das AMIS-Mandat ersetzen, das am 15. Dezember 2007 ausläuft.

Verschärfung der Aufsicht im Energiesektor

In zweiter und dritter Lesung werden wir das Gesetz zur Bekämpfung von Preismissbrauch im Bereich der Energieversorgung und des Lebensmittelhandels verabschieden. Damit wird die bestehende Missbrauchsaufsicht der Kartellbehörden im Energiesektor vorübergehend verschärft, bis strukturelle Maßnahmen greifen. Zu diesem Zweck wird befristet bis 2012 mit dem Paragraphen 29 eine neue Missbrauchsvorschrift in das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) eingefügt, die die geltenden Missbrauchsvorschriften des Paragraphen 19 GWB und des Artikels 82 EG-Vertrag präzisiert und ergänzt. Die Kartellbehörden sollen in die Lage versetzt werden, Missbräuche im Energiesektor leichter nachzuweisen und effektiver zu bekämpfen. Für den Lebensmittelhandel erweitert das Gesetz das Verbot von Untereinstandspreisverkäufen auch auf nur gelegentliche Verkäufe. Ziel ist es, ruinösen Preiswettbewerb zu begrenzen und kleine und mittlere Lebensmittelhändler vor unbilligen Verdrängungspraktiken durch marktstarke Handelskonzerne zu schützen.

Schutz gefährdeter Kinder verbessern

Mit dem in dieser Woche in erster Lesung behandelten Gesetz zur Erleichterung familiengerichtlicher Maßnahmen bei Gefährdung des Kindeswohls wollen wir vor dem Hintergrund erschütternder Fälle von Kindesver-

nachlässigung sowie Kinder- und Jugenddelinquenz den Schutz gefährdeter Kinder verbessern, um familiengerichtliche Maßnahmen bei Gefährdung des Kindeswohls zu erleichtern. Dabei ist insbesondere vorgesehen, das Handlungspotential der Familiengerichte auszuschöpfen und die Eltern zu stärkerer Kooperation mit Jugendämtern zu verpflichten.

Sicherungsverwahrung im Jugendstrafrecht

In erster Lesung debattierten wir in dieser Woche das Gesetz zur Einführung der nachträglichen Sicherungsverwahrung bei Verurteilungen nach Jugendstrafrecht, mit dem durch Änderungen im Jugendgerichtsgesetz, der Strafprozessordnung und dem Gerichtsverfassungsgesetz die bislang bei Verurteilungen nach Jugendstrafrecht nicht mögliche Sicherungsverwahrung eingeführt wird bei schwersten Straftaten gegen das Leben, die körperliche Unversehrtheit oder die sexuelle Selbstbestimmung. Voraussetzung ist, dass vor Ende des Vollzugs Tatsachen erkennbar werden, die mit hoher Wahrscheinlichkeit erwarten lassen, dass der Täter erneut einschlägige Straftaten begehen wird.

Erhaltung der Weinbaukultur

Mit dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP zur Erhaltung der Weinbaukultur durch vernünftige Reform der EU-Weinmarktordnung legen wir die Kritik gegenüber dem Vorschlag der EU-Kommission vom 14. Juli 2007 zur Reform der EU-Weinmarktordnung dar. Der Vorschlag der Kommission lässt eine konsequente Ausrichtung auf das primäre Ziel der Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Weinwirtschaft vermissen. Es werden zahlreiche Vorschläge für eine Korrektur der Reformvorschläge aufgeführt.

Zitat

„Meine Frau findet das gut, die Kanzlerin nicht.“

(Der scheidende Vizekanzler und Bundesarbeitsminister Franz Müntefering am Dienstag in Berlin auf die Frage, wie die Reaktion auf seine Rücktrittsentscheidung war.)